Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

ich schreibe Ihnen heute mit großer Besorgnis über die Auswirkungen der Bezahlkarte für Asylsuchende und fordere Sie dringend auf, sich für deren Abschaffung einzusetzen. Die Bezahlkarte stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte dar und verletzt das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum.

**Grundrechtsverletzungen**

Die restriktive Ausgestaltung der Bezahlkarte wie vor allem in Bayern führt zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Asylsuchenden. Die pauschalen Bargeldbeschränkungen und Überweisungsverbote schränken die Handlungsfähigkeit der Betroffenen massiv ein und verhindern ihre soziale Teilhabe.

https://freiheitsrechte.org/themen/gleiche-rechte-und-soziale-teilhabe/bezahlkarte

**Datenschutzrechtliche Bedenken**

Die Datenschutzkonferenz (DSK) hat erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken geäußert. Die Bezahlkarte greift in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Es besteht die Gefahr eines behördenübergreifenden Datenabgleichs und unzulässiger Zugriffe auf sensible Informationen.

https://stiftungdatenschutz.org/veroeffentlichungen/datenschutzwoche/detailansicht/datenschutzwoche-vom-26-august-2024-513

**Integration wird massiv erschwert**

Experten wie der Migrationsforscher Herbert Brücker warnen, dass die Bezahlkarte die Mobilität und damit auch die Integration einschränkt. Sie erschwert die Jobsuche und den Zugang zu wichtigen Waren und Dienstleistungen.

https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/bezahlkarte-asylbewerber-108.html

**Verwaltungsaufwand**

Entgegen der Behauptung, die Bezahlkarte würde den Verwaltungsaufwand reduzieren, führt sie nachweislich zu einem erheblichen Mehraufwand für die Behörden.

https://freiheitsrechte.org/themen/gleiche-rechte-und-soziale-teilhabe/bezahlkarte

**Kriminalisierung solidarischer Aktionen**

Mit großer Besorgnis beobachte ich darüber hinaus die Versuche, solidarische Kartentauschaktionen zu kriminalisieren. Diese Initiativen, bei denen Bürger\*innen Gutscheine von Geflüchteten gegen Bargeld tauschen, sind Ausdruck zivilgesellschaftlicher Solidarität. Die Verleumdung dieses ehrenamtlichen Engagements ist nicht nur irreführend, sondern auch gefährlich. Sie stigmatisiert Menschen, die sich für die Rechte und die Würde von Geflüchteten einsetzen. Diese Aktionen sind eine Reaktion auf die diskriminierenden Effekte der Bezahlkarte und zeigen deutlich, dass die Zivilgesellschaft die Einschränkungen durch dieses Instrument nicht akzeptiert. Es ist äußerst bedenklich, dass statt auf die Kritik und die offensichtlichen Mängel der Bezahlkarte einzugehen, versucht wird, diejenigen zu diffamieren, die praktische Solidarität üben. Dies lenkt von den eigentlichen Problemen ab: die systematische Verletzung von Grundrechten Geflüchteter durch diskriminierende Maßnahmen wie die Bezahlkarte.

Ich fordere Sie daher auf, sich nicht nur für die Abschaffung der Bezahlkarte einzusetzen, sondern auch jeglichen Versuchen entgegenzutreten, solidarisches Handeln zu kriminalisieren. Stattdessen sollten wir uns auf Lösungen konzentrieren, die eine menschenwürdige Aufnahme Schutzsuchender sicherstellen sowie die Rechte und die Würde aller Menschen in unserem Land respektieren und fördern.

Mit freundlichen Grüßen,